

in Zusammenarbeit mit der



Saarbrücken, 1. Juli 2009

An die

- Professorinnen und Professoren
- Leiter und Leiterinnen der Zentralen Einrichtungen
- weitere forschungsberechtigte Mitglieder

der Universität des Saarlandes

der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes

Forschungsausschreibung 2009

Der Einfluss der Europäischen Union auf die Gestaltung von Arbeits-, Beschäftigungs- und Wirtschaftsbedingungen

Die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Universität des Saarlandes hat – unterstützt durch ihren Beirat und ihre Ständige Kommission - die Forschungsausschreibung „Der Einfluss der Europäischen Union auf die Gestaltung von Arbeits-, Beschäftigungs- und Wirtschaftsbedingungen“ vorbereitet.

In allen Fachrichtungen und zentralen Einrichtungen der Universität des Saarlandes sowie der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes möchten wir im Jahr 2009 Forscher/innen anregen, **Forschungsanträge** an uns zu senden, die das Thema **gestaltend, analytisch, methodisch, perspektivisch und/oder kritisch** fokussieren möchten.

Die häufig geäußerte Ursache für die weithin konstatierte „Europaverdrossenheit“ scheint der Eindruck zu sein, dass die Europäische Union Probleme nicht nur nicht löse, sondern diese oftmals sogar verursache. Verdrossenheit erscheint hier als Reaktion auf unerfüllte Erwartungen, die ihrerseits jedoch häufig diffus sind. Als Belege mögen die öffentlichen Diskussionen um den „Paragraphenschwung Europa“ oder die Auseinandersetzungen um Beiträge zu und Rückflüsse von Mitteln der Europäischen Union dienen.

Arbeitgeberverbände und Unternehmen kritisieren häufig die ihrer Meinung nach übermäßige Regelungsdichte und –intensität (z.B. unlängst bei der REACH-Verordnung oder den Vorgaben über die Emissionen für Automobile) und Gewerkschaften die ihrer Ansicht nach einseitige Ausrichtung auf negative Integration (Marktschaffung) und das Fehlen eines gleichgewichtigen „sozialen Europas“ (Marktkorrektur). Als Beispiele können hier die Auseinandersetzungen um die Richtlinie zu Europäischen Betriebsräten und der Arbeitszeitrichtlinie angeführt werden.

Diese unterschiedlichen Einschätzungen der Ziele und des regulativen Outputs der Europäischen Union ließe sich beliebig um Konsumenten, Parteien, Berufsgruppen, Umweltverbände und soziale Bewegungen erweitern. Deutlich wird, dass die jeweilige Einschätzung von Europa stark von den (erfüllten oder enttäuschten) Erwartungen an die EU getragen wird.

Unklar ist, ob diese „Europaverdrossenheit“ ein breites Phänomen ist und welche die Gründe dafür sind.

Objektive Gründe könnten z.B. sein, dass die Grundzüge der Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen nicht mehr von Berlin oder Saarbrücken aus vorgenommen wird, sondern aus Brüssel; dass EU-Recht nationales Recht überfrachtet; dass EU-Vorgaben Wettbewerbspositionen gegenüber anderen Regionen verschlechtern oder den Ausbau sozialstaatlicher Regulierung verhindert.

Subjektive Gründe könnten z.B. tief sitzende Ängste sein, dass die Einflussnahme auf die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen dem demokratischen Prozess auf Nationalstaatsebene weitgehend entzogen wird oder die Vorstellung einer „Fremdbestimmung“. Auch die je unterschiedlichen Interessenlagen (Sozialpartner, Konsumenten etc) bzw. politischen Ideologien liegen auf dieser Ebene.

Das Themengebiet lässt breiten Raum für Projektanträge aus den unterschiedlichsten Fachrichtungen.

Mögliche Fragestellungen in diesem Zusammenhang sind:

Einfluss europäischer Regulierung auf die Möglichkeit

- von Verbänden (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände),
- von betrieblichen Akteuren (Unternehmensleitungen, Personalabteilungen und Betriebsräte) und
- von kommunalen, regionalen und nationalen staatlichen Einrichtungen, Arbeitsbeziehungen zu gestalten.

Aus einer juristischen Perspektive ließe sich z.B. untersuchen, in wieweit das Europarecht in das nationale Arbeitsrecht eingreift.

Im Bereich der Psychologie ließe sich z.B. nach den Deutungen und Erklärungen des Phänomens Europaverdrossenheit in Zusammenhang mit der Arbeitswelt fragen.

Beantragungsmodalitäten

Wir bitten Sie, zu nachfolgenden Fragen in Ihrem Forschungsantrag Stellung zu nehmen:

- Wie lautet das Thema Ihres Forschungsvorhabens?
- Welche Zielsetzung verfolgen Sie mit der Studie?
- Was ist der wissenschaftliche und gesellschaftliche Hintergrund Ihrer Studie?
- Welche eigenen Vorarbeiten sind für das Forschungsvorhaben von Bedeutung?
- Mit welchen Methoden bearbeiten Sie Ihr Forschungsvorhaben?
- Wie differenzieren sich die entstehenden Kosten bzw. die beantragten Mittel?
- Wie lange ist die Projektlaufzeit Ihrer Studie?
- Wie sieht Ihr Arbeits- und Zeitplan genau aus?
- Was ist der erwartbare Wissens- bzw. Vernetzungsurplus Ihres Projektes für das auftraggebende Trägernetzwerk Arbeitskammer des Saarlandes, Universität des Saarlandes, DGB Saar bzw. die das Trägernetzwerk moderierende Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (www.uni-saarland.de/kooperationsstelle)?

Der erwartete **Umfang des Projektantrags liegt zwischen 7-10 Din A 4 Seiten**. Die beantragbare **Höchstgrenze für die Finanzierung liegt bei 20.000 € pro Projekt**.

Der Vorstand der Arbeitskammer des Saarlandes und der Beirat der Kooperationsstelle sind die beiden Auswahlgremien, die die Anträge begutachten. Eine Projektanhörung der Antragsteller/innen wird voraussichtlich im November 2009 stattfinden.

Bei **Rückfragen** wenden Sie sich bitte an die Kooperationsstelle:

Dr. Luitpold Rampeltshammer

Telefon: 0681/302-4802 oder kooperationsstelle@univw.uni-saarland.de.

Wir freuen uns auf Ihre Forschungsanträge, die **bis 16. Oktober 2009** via Email als *.doc Datei eingegangen sein müssen. Bitte senden Sie Ihre Vorschläge an die

Universität des Saarlandes

Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt

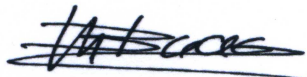
Email: kooperationsstelle@univw.uni-saarland.de

Campus C3 1
66123 Saarbrücken

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Luitpold Rampeltshammer
Leiter der Kooperationsstelle



Horst Backes
Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer